

Stand: 06.10.2024 07:20:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2803

"Klares Bekenntnis zu BRK, Malteser, Johanniter und ASB - EuGH-Urteil endlich umsetzen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2803 vom 01.07.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/3747 des KI vom 03.07.2019
3. Mitteilung 18/4145 vom 10.10.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 10.10.2019



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Inge Aures, Christian Flisek, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Klares Bekenntnis zu BRK, Malteser, Johanniter und ASB – EuGH-Urteil endlich umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich klar zur Arbeit des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK), des Malteser Hilfsdienstes e. V (MHD), des Arbeiter-Samariter-Bunds Deutschland e. V. (ASB) und der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. (JHU), die gemeinnützig Rettungsdienste erbringen, und dankt den vielen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre tägliche herausragende Hilfeleistung für die Menschen in Bayern.
2. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Implementierung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 21. März 2019 (Rs. C-465/17) in das Bayerische Rettungsdienstgesetz (BayRDG) vorzulegen, so dass möglichst ab dem Jahr 2020 europaweite Ausschreibungen von Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransports nicht mehr durchgeführt werden müssen. Sollte das Gesetzgebungsverfahren bis Ende des Jahres 2019 noch nicht erfolgreich beendet werden können, dann soll sie alle Anstrengungen unternehmen, um über eine Übergangslösung sicherzustellen, dass europaweite Ausschreibungen für neue Projekte bis zum Inkrafttreten neuer gesetzlicher Regelungen trotzdem vermieden werden können.

Begründung:

BRK, Malteser, Johanniter und ASB stellen mit ihren vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Rückgrat des Rettungsdienstes aber auch des qualifizierten Krankentransports. Effektiver Zivil- und Katastrophenschutz, Erste Hilfe aber auch viele Felder im Bereich der Wohlfahrt sind ohne den ehrenamtlichen Einsatz der in den Organisationen Tätigen in Bayern nicht vorstellbar. Für diesen herausragenden Einsatz für die Menschen in Bayern gebührt den Organisationen und ihren haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ausdrückliche Dank des Landtags. Der Landtag bekennt sich damit auch klar und deutlich zu diesen gemeinnützigen Hilfsorganisationen. Dieses große soziale Engagement ist zu würdigen.

Die größte der genannten Hilfsorganisationen ist das BRK. Das BRK mit seinen rund 955.000 Mitgliedern ist – aus historischen Gründen – eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Im Gesetz über die Rechtsstellung des BRK wird festgelegt, dass das BRK die Aufgaben des Deutschen Roten Kreuzes als nationale Rotkreuzgesellschaft im Sinne des Genfer Rotkreuz-Abkommens vom 12.08.1949 übernimmt. Es nimmt Aufgaben in Zivil- und Katastrophenschutz sowie im Gesundheits- und Wohlfahrtswesen wahr. Es ordnet und verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze selbst und ist unabhängig. 24.500 hauptamtliche und 180.000 ehrenamtliche Mitarbeiter sind beim BRK

täglich für die Menschen in Bayern im Einsatz. Die gute flächendeckende rettungsdienstliche Versorgung und auch ein flächendeckender, qualifizierter Krankentransport für die bayerische Bevölkerung, insbesondere auch im ländlichen Raum, ist ohne das BRK nicht denkbar. Es ist festzustellen, dass das BRK gut für die Zukunft aufgestellt ist und seine derzeitigen Strukturen weitestgehend den gewachsenen kommunalen Strukturen in Bayern entspricht.

Gerade dieses Bekenntnis zu den genannten Hilfsorganisationen und der Auftrag Bayerns, die öffentliche Daseinsvorsorge zu garantieren, erfordern es dringend, dass die Staatsregierung endlich einen Gesetzentwurf zur Implementierung der EuGH-Rechtsprechung vom 21. März 2019 vorlegt. Staatsminister Joachim Herrmann hatte eine Umsetzung des EuGH-Urteils bereits am selben Tag angekündigt. Leider liegt auch drei Monate nach dem Urteil noch kein Referentenentwurf für eine Gesetzesänderung, geschweige denn ein Beschluss des Kabinetts, vor. Eine Verbändeanhörung ist noch nicht eingeleitet.

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 21. März 2019 entschieden, dass Notfallrettung und qualifizierter Krankentransport als Teil der Gefahrenabwehr unter die Bereichsausnahme von Art. 10 Buchst. h der Richtlinie 2014/24/EU fallen. Damit sind die Regelungen zur öffentlichen Auftragsvergabe nicht anwendbar. Eine europaweite Ausschreibung ist nicht erforderlich. Voraussetzung ist, dass die Vergabe an gemeinnützige Organisationen oder Vereinigungen erfolgt. Als solche gelten nur diejenigen, deren Ziel in der Erfüllung sozialer Aufgaben besteht, die nicht erwerbswirtschaftlich tätig sind und etwaige Gewinne reinvestieren, um ihr Ziel zu erreichen.

Um diese – begrüßenswerte – Entscheidung umzusetzen bzw. dafür zu sorgen, dass entsprechend des Urteils künftig keine europaweiten Ausschreibungen durchgeführt werden müssen, bedarf es, unter Einbeziehung aller Betroffener, einer sofortigen Novellierung des BayRDG, insbesondere von Art. 13 BayRDG. Die Bereichsausnahme muss hier vollständig umgesetzt werden. Die vom EuGH definierten Kriterien für gemeinnützige Organisationen oder Vereinigungen sind aufzunehmen. Die notwendige Gemeinnützigkeit soll nicht etwa von Feststellungen des Finanzamts abhängen, sondern soll sich ausschließlich nach den Kriterien des EuGH richten. Die nach der bisherigen Rechtslage als gemeinnützig anerkannten Hilfsorganisationen sollten weiterhin als gemeinnützig anerkannt werden können. Der Änderung sollen im Kern die „Eckpunkte für die Umsetzung der Bereichsausnahme für den Rettungsdienst in Bayern“ vom 28.05.2019 der Hilfsorganisationen ASB, BRK JUH und MHD zu Grunde gelegt werden.

Es ist auch besondere Eile geboten, da spätestens ab Beginn des Jahres 2020 zur Umsetzung des TRUST III-Gutachtens („Bedarfsgutachten zur rettungsdienstlichen Versorgung im Rettungsdienstbereich – Nachbetrachtung im Rahmen der Trend- und Strukturanalyse“) etliche neue Vergaben erfolgen müssen. Dieses Gutachten wurde im Auftrag des damaligen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr und der Sozialversicherungsträger in Bayern vom Institut für Notfallmedizin und Medizinmanagement (INM) – Klinikum der Universität München erstellt. Es befasst sich mit dem rettungsdienstlichen Einsatzgeschehen im Rettungsdienstbereich. Gleichzeitig werden die Empfehlungen zu strukturellen Veränderungen sowie der bedarfsgerechten Vorhaltung von öffentlich-rechtlichen Rettungsmitteln im Bereich der Notfallrettung und des Krankentransports aktualisiert und auf der Grundlage des Einsatzgeschehens im Beobachtungszeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2016 angepasst. Es ist nicht akzeptabel, wenn sämtliche Vergaben zur Umsetzung des Gutachtens entgegen der vom EuGH definierten Ausnahmemöglichkeit europaweit erfolgen müssen, nur weil die Staatsregierung nicht in der Lage war, dem Landtag rechtzeitig eine Novelle des BayRDG vorzulegen. Dies schädigt nicht nur die bayerischen gemeinnützigen Hilfsorganisationen sondern auch den Steuerzahler, der unnötige europaweite Ausschreibungen finanzieren muss. Sofern die Staatsregierung sich nicht in der Lage sieht, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, muss die Möglichkeit einer Übergangslösung geprüft werden, durch die sichergestellt wird, dass bis zur Novellierung des BayRDG keine europaweiten Ausschreibungen erforderlich sind.

Es ist daher dringend erforderlich, dass die Staatsregierung umgehend handelt und sich damit an die Seite der vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellt, die täglich ihr Bestes für die Menschen in Bayern geben.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Harald Güller u.a. SPD
Drs. 18/2803

Klares Bekenntnis zu BRK, Malteser, Johanniter und ASB - EuGH-Urteil endlich umsetzen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Klaus Adelt**
Mitberichterstatter: **Peter Tomaschko**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 3. Juli 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Dr. Martin Runge
Vorsitzender



Mitteilung

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Inge Aures, Christian Flisek, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD

Drs. 18/2803, 18/3747

Klares Bekenntnis zu BRK, Malteser, Johanniter und ASB – EuGH-Urteil endlich umsetzen!

Der Antrag mit der Drucksachennummer 18/2803 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 20, 29 und 39 der Liste.

Dies sind der Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Stefan Löw und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Antrag auf Errichtung eines bayerischen Zentrums für Wassergefahren" auf Drucksache 18/2241 und der Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures und anderer (SPD) betreffend "Für saubere Städte und Gemeinden – Bußgelder gegen Müllsünder erhöhen" auf Drucksache 18/2524, die zur Einzelberatung hochgezogen wurden. Diese Anträge werden im Plenum am 15. Oktober 2019 aufgerufen.

Der Antrag Nummer 39 der Liste, der Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Harald Güller und anderer (SPD) betreffend "Klares Bekenntnis zu BRK, Malteser, Johanniter und ASB – EuGH-Urteil endlich umsetzen!" auf Drucksache 18/2803 wurde von den Antragstellern zurückgezogen und als nachgezogener Dringlichkeitsantrag zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion eingebracht.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der FDP und der CSU. Wer ist dagegen? – Ich sehe nie-

manden. Wer enthält sich der Stimme? – Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Ich konnte kein Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion feststellen.

(Klaus Adelt (SPD): Die schlafen noch!)

Sie haben das Ergebnis aufgenommen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(Unruhe)

Herr Fraktionsvorsitzender Florian Streibl, lieber Florian, würdest du bitte ein wenig auf Ruhe in deiner Fraktion achten? Dies gilt für alle Fraktionen. – Vielen Dank.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Toleranz und Vielfalt in Bayern II: Einrichtung einer Beratungsstelle für Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt
 Drs. 18/1636, 18/3728 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Robert Brannekämper, Alex Dorow u. a. CSU
 Studentische Mitsprache stärken I: Prüfung der gesetzlichen Festschreibung einer Landesstudierendenvertretung im Bayerischen Hochschulgesetz
 Drs. 18/1866, 18/3009 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Robert Brannekämper, Alex Dorow u. a. CSU Studentische Mitsprache stärken II: Voraussetzungen für die Einführung von Online-Hochschulwahlen schaffen
Drs. 18/1867, 18/3780 (ENTH)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Förderung der Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum anpassen
Drs. 18/1908, 18/3823 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Young Carer I – Kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Schulen für pflegende Kinder und Jugendliche benennen
Drs. 18/1927, 18/3826 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Young Carer II – Jugendgerechtes Online-Informations- und Vernetzungsportal für pflegende Kinder und Jugendliche
Drs. 18/1928, 18/3729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Friedens- und Konfliktforschung in Bayern voranbringen – Lehrstuhl an einer Universität oder Hochschule einrichten
Drs. 18/2162, 18/3849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner SPD
Bäuerliche Tierhaltung gegenüber industriellen Strukturen stärken Teil I –
Privilegierung nach § 35 Abs. 1 BauGB novellieren
Drs. 18/2164, 18/3269 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner SPD
Bäuerliche Tierhaltung gegenüber industriellen Strukturen stärken Teil II –
Flächenbindung als Kriterium für den Neubau von Tierhaltungsanlagen
Drs. 18/2165, 18/3738 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner SPD
Bäuerliche Tierhaltung gegenüber industriellen Strukturen stärken Teil III –
Agrarumweltmaßnahmen und Investitionsförderungen für
Intensivtierhaltungsbetriebe über 2 GV je Hektar streichen
Drs. 18/2166, 18/3734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Museumseintritte sozial gerecht gestalten – Teilhabe an kulturellen Angeboten ermöglichen und Besucherströme gezielt steuern
Drs. 18/2184, 18/3851 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Stefan Löw u. a. und Fraktion (AfD)
Antrag auf Errichtung eines bayerischen Zentrums für Wassergefahren
Drs. 18/2241, 18/3740 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten.

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Blauzungenkrankheit – Betriebe unterstützen, Tierleid verhindern
Drs. 18/2354, 18/3862 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Vereinigung der Pflegenden in Bayern unabhängig machen
Drs. 18/2383, 18/3824 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ethische Bildung und Wertevermittlung an unseren Schulen stärken –
Qualitätsoffensive für den Ethikunterricht in Bayern
Drs. 18/2406, 18/3806 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
10.000 Häuser-Programm – Verdopplung der Fördersätze
TechnikBonus Solarwärmespeicherung
Drs. 18/2407, 18/3805 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures u. a. SPD
Für saubere Städte und Gemeinden: Bußgelder gegen Müllsünder
erhöhen
Drs. 18/2524, 18/3744 (A)

der Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Tierschutz bei der Weidehaltung – Unterstand für Weidetiere
bereitstellen
Drs. 18/2552, 18/3820 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Harald Güller u. a. SPD
Klares Bekenntnis zu BRK, Malteser, Johanniter und ASB – EuGH-Urteil endlich umsetzen!
Drs. 18/2803, 18/3747 (A)

Der Antrag wurde zurückgezogen.

40. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Tobias Reiß, Holger Dremel u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vereinsverbote
Drs. 18/2804, 18/3748 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u. a. CSU
Freier Eintritt Museen
Drs. 18/2826, 18/3850 (E)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	

42. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel u. a. CSU Durchführung einer Anhörung zur aktuellen Lage und Zukunft der bayerischen Teichwirtschaft vor dem Hintergrund stetig steigenden Drucks durch Prädatoren und wirtschaftliche Herausforderungen Drs. 18/2830, 18/3821 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw u. a. und Fraktion (AfD) Keine weitere Beschneidung der Freiheit! Messerverbot entgegengetreten Drs. 18/2847, 18/3749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD) Probleme in bayerischen Kitas ernst nehmen und lösen – jetzt und nicht erst 2050! Drs. 18/2848, 18/3733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Jetzt den Garchingener Forschungsreaktor FRM II abrüsten Drs. 18/2853, 18/3866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

